























Aktionsbündnis Ländlicher Raum, c/o Deutscher Bauernverband e.V., Claire-Waldoff-Straße 7, 10117 Berlin

Vorsitzende der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag Frau Andrea Nahles Platz der Republik 1 11011 Berlin

Berlin, 8. Dezember 2017

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

nach dem Scheitern der Sondierung von CDU, CSU, FDP und Bündnis90/Die Grünen steht die SPD nun vor der Entscheidung über den Eintritt in Verhandlungen über eine Regierungsbildung mit CDU und CSU.

Wir nehmen dies zum Anlass, auf die besonderen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen für die ländlichen Räume aufmerksam zu machen. Als Organisationen und Verbände der Menschen und Unternehmen in ländlichen Räumen fühlen wir uns diesen besonders verpflichtet.

Hier leben 57 % der Bevölkerung, sie decken 91 % der Fläche unserer Republik ab. Hier wird knapp 50 % der bundesweiten Wirtschaftsleistung erbracht, die von mehr als 50 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erwirtschaftet wird.

Die Menschen, ihre Familien sowie die Unternehmen auf dem Lande haben Anspruch auf eine Politik für prosperierende ländliche Räume mit einer starken Wirtschaft und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen. Sie fühlen sich aber zunehmend von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung und wichtigen technologischen Innovationen abgehängt. Häufig werden ländliche Regionen verklärend als Rückzugsgebiete idealisiert.

Was muss aus Sicht der unterzeichnenden Verbände und Organisationen vorrangig geschehen?

 Wir unterstützen die Empfehlung des Sachverständigenrates Ländliche Entwicklung, durch ein Bundesministerium für ländliche Räume mit klarer Zuständigkeit für die Bündelung aller wesentlichen Belange zu sorgen.

- Ein solches Zukunftsministerium sollte über die bisherigen Aufgaben des BMEL hinaus Kompetenz und Zuständigkeit für sämtliche Fragen der Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse im ländlichen Raum unter einem Dach bündeln. Mit einer überzeugenden Verkörperung dieser Ausrichtung wird es gelingen, auch die Menschen in ländlichen Räumen wieder zu erreichen.
- Wir erwarten vor allem mehr Investitionen in ländliche Infrastrukturen, insbesondere in schnelle Internetversorgung und in Erneuerbare Energien.
- Wir erwarten eine wissensbasierte und praxisorientierte Politik für die Lösung von Zielkonflikten. Agrar-, ernährungs-, forst-, jagd-, fischerei- und umweltpolitische Entscheidungen müssen nach sachbezogener Abwägung ökonomischer, ökologischer und sozialer Belange getroffen werden.

Wir wünschen Ihnen für die schwierigen Entscheidungen in der nächsten Zeit persönlich viel Kraft und Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Rukwied

Präsident des Deutschen Bauernverbandes e.V.

padía finh

Franz-Josef Holzenkamp

Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V.

Philipp Freiherr zu Guttenberg

Präsident der Arbeitsgemeinschaft

Deutscher Waldbesitzerverbände - Die Waldeigentümer e.V.

Jürgen Mertz

Präsident des Zentralverbandes Gartenbau e.V.

Martin Empl

Präsident des Gesamtverbandes der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände e.V.

Sebastian Schaller

Vorsitzender des Bundes der Deutschen Landjugend e.V.

Klaus Schneider

Präsident des Deutschen Weinbauverbandes e.V.

Reinhard Sager

Präsident des Deutschen Landk

Michael Prinz zu Salm-Salm

Vorsitzender der Familienbetriebe Land und Forst e.V.

Hartwig Fischer

Präsident des Deutschen Jagdverbandes e.V.

Brigitte Scherb

Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbandes e. V.

Nina Sehnke

Vorsitzende des Bundes der Deutschen Landjugend e.V.

Christoph Minhoff

Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der

Deutschen Ernährungsindustrie e.V.